

3 Vor 40 Jahren wurde die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Essen gegründet. Von Volker Hermsdorf

6 Am Donnerstag stimmt das türkische Parlament über Ermächtigung zum Einmarsch nach Syrien ab

9 | Altkanzler Gerhard Schröder wirbt auf Rußlandtag in Rostock für Kooperation statt Konfrontation

Geplantes Freiheits- und Einheitsdenkmal

Der »Tag der deutschen Einheit« steht an. Die Dogmen der Geschichtsschreibung sind gesetzt. Jeder soll sich bekennen, doch Unterschiede bleiben. **Von Michael Merz**

Doch das will heute keiner mehr hören. Es paßt nicht ins Bild der alten kalten Krieger, die pünktlich wieder aus ihren Löchern krochen, um die DDR als Hölle auf Erden zu charakterisieren, die glauben machen wollen, daß am 3. Oktober 1990 ein uneingeschränkter Rechtsstaat implementiert wurde. Es ist Propaganda mit Tradition, deren absurde Auswüchse beispielsweise ein Foto der *ADN*-Reporterin Waltraud Grubitzsch dokumentiert. Das Bild erhielt 1976 auf der World-Press-Photo-Ausstellung einen zweiten Preis in der

Propaganda mit Tradition: Schon 1978 wurde aus einem Kindergarten in der DDR kurzerhand ein »Sowjet-KZ«

Die DDR wurde vor 24 Jahren end-

Was ist es heute – Dekaden später – für eine Einheit, wenn die Chancengleichheit auf nicht absehbare Zeit derart divergiert? Die Wirtschaftskraft liegt laut einer am Mittwoch von *dpa* veröffentlichten Erhebung im Osten

um ein Drittel unter Westniveau. Die Erwerbslosenquote ist fast doppelt so hoch, Ostdeutsche besitzen nicht einmal halb soviel Vermögen. Einige wenige Errungenschaften wurden bewahrt. Etwa die Kinderbetreuung: Doppelt so viele Kinder haben im Osten die Möglichkeit, eine Krippe zu besuchen. Und wenn Joachim Gauck zur offiziellen Feier am Freitag in Hannover ans Rednerpult tritt, sollte er vom örtlichen Publikum ein Bekenntnis zur »Wiedervereinigung« einfordern. Während immerhin 75 Prozent der Ostdeutschen diese positiv bewerten, sieht nur rund die Hälfte der Westdeutschen (48 Prozent) mehr Vor- als Nachteile.

BARCELONA. Trotz des einstweiligen Verbots eines Referendums in Katalonien will die spanische Region über die Unabhängigkeit abstimmen. Das Regionalparlament in Barcelona beschloß am Mittwoch, für die geplante Volksabstimmung am 9. November eine Wahlkommission zu bilden. Die Opposition aus Konservativen und Sozialisten verweigerte ihre Teilnahme an der Abstimmung, weil sie in dieser einen Verstoß gegen die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts sah. Die Richter hatten am Montag eine Verfassungsklage der spanischen Zentralregierung gegen das geplante Referendum zugelassen. Damit wurde die Abstimmung vorläufig verboten. Die katalanische Regionalregierung, die das Referendum für den 9. November angesetzt hatte, entschied daraufhin, die Vorbereitung einstweilen einzustellen, will jedoch weiter dafür eintreten, daß die Katalanen über die Zukunft der Region selbst bestimmen können. (dpa/JW)

BERLIN/KÖLN. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte schon 2005 eine CD mit Hinweisen auf die Terrorgruppe NSU. »Im Rahmen der Aktensichtung für ein laufendes Ermittlungsverfahren wurde im BfV eine CD aus dem Jahr 2005 gefunden, die das Kürzel NSU/NSDAP enthält«, erklärte das Bundesamt am Mittwoch und bestätigte damit einen *Bild*-Bericht. Daß der Geheimdienst dies bisher nicht preisgegeben hat, empört die Mitglieder des Innenausschusses im Bundestag. Die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic erklärte: »Dieser Fund reiht sich ein in eine Serie von Pannen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei der Aufarbeitung des Rechtsterrorismus.« Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele hat daher eine Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums beantragt, wie er am Mittwoch mitteilte. (dpa/JW)

junge Welt wird herausgegeben von 1588
Genossinnen und Genossen (Stand 4.9.2014).
Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Ukrainische Armee setzt Raketenwerfer gegen Industriemetropole im Osten ein. Mindestens acht Tote

Der Vizepremier der international nicht anerkannten »Donezker Volks-

republik« (DVR), Andrej Purgin, beschuldigte das ukrainische Militär, gezielt auf Wohnviertel geschossen zu haben. »Die Raketenwerfer haben eine Reichweite von bis zu 40 Kilometern. Es war ein gezielter Beschuss von Wohnvierteln aus der Ferne«, sagte er dem russischen TV-Sender *Rossija 24*. DVR-Premier Alexander Sachartschenko mutmaßte, daß ukrainische Kampfeinheiten vor Donezk sich über die Feuereinstellungsbefehle aus Kiew hinwegsetzen würden. »Wir haben weder gestern noch heute

Die vom Westen unterstützte ukrainische Führung kündigte unterdessen an, den Bau einer knapp 2300 Kilometer langen Mauer an der Grenze zu Rußland auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Grenzschutz habe der Regierung in Kiew Änderungen an dem Projekt vorgeschlagen, berich-

tete die Kiewer Tageszeitung *Kapital* am Mittwoch. Ursprünglich sollte die erste Bauphase an der Grenzbefestigung aus Zaun und Gräben bereits am Dienstag abgeschlossen sein. Kiews Oberbürgermeister Witali Klitschko hatte Mitte September für Negativschlagzeilen gesorgt, als er bei einem Berlin-Besuch ausgerechnet die Bundesregierung aufforderte, sein Land beim Bau der Mauer zu unterstützen – mit finanziellen Mitteln und Hilfe durch »Know how«.

(RIA Nowosti/dpa/iW)

